

**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

P/XIX/239

Bonn, den 15. Dezember 1964

Sie veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 2	Über das Thema wird nicht gesprochen  Rund um die Pariser NATO-Konferenz	97
2 a	<u>Die Furcht im Neckar</u>  Wahlkampf-Sorgen der Unionsparteien	43
3 - 4	<u>Verdiente Ehrung</u>  Ernst Paul, MdB, und die Heimatvertriebenen	70
5 - 6	<u>Afrikanische Flüchtlinge</u>  Das UN-Hochkommissariat für Flüchtlingswesen vor neuen Aufgaben  Von Pierre Simonitsch, Genf	73

\* \* \*

Über das Thema wird nicht gesprochen

---

Rund um die Pariser NATO-Konferenz

G. M. zur Zeit Paris

Das entscheidende Merkmal dieser Dezember tagung der 43 Außen-, Verteidigungs- und Finanzminister der NATO-Partner ist der allseits bestätigte Versuch, einerseits die Allianz zu stärken, andererseits aber nichts zu tun oder zu sagen, was einen der Partner veranlassen könnte, den heute existierenden westlichen Verteidigungsdispositiv von rund 50 Divisionen den Rücken zu kehren oder zumindest zu blockieren.

Sorgenkind de Gaulle

Natürlich ist und bleibt das Sorgenkind Nummer eins der General Präsident de Gaulle. US-Außenminister Dean Rusk hat ihn am Montag nachmittag aufgesucht, anderthalb Stunden mit ihm gesprochen und anschließend erklärt, trotz der bekannten Haltung des Generals zum Problem einer gemeinsamen Atom-Verteidigung sei das Gespräch "nützlich und offen" gewesen. Gleichzeitig fügte Rusk aber hinzu, ein Treffen Johnson - de Gaulle sei zur Zeit noch nicht spruchreif.

Norwegens Außenminister Lange betonte vor der diplomatischen Presse nachdrücklich, bei allen jetzt in Paris geführten Gesprächen dürfte nichts gesagt oder diskutiert werden, was in das NATO-Bündnis ein Element der Spaltung hineinbringen könnte. Norwegen bleibe bei seiner bekannten Haltung. Es wolle in Friedenszeiten keine Atomwaffen auf seinem Staatsgebiet. Im übrigen aber ließ Lange klar erkennen, daß Norweger den Präsidenten der USA allein das Entscheidungsrecht über den Einsatz von Atomwaffen zubillige.

Großbritannien, Dänemark, Belgien, Holland, Luxemburg, Italien, die Bundesrepublik sowie Portugal, die Türkei und Griechenland wollen - von einigen Nuancen abgesehen - dasselbe. Sie befürworten eine gemeinsame atomare Verteidigung, ohne sich allerdings festzulegen, wie diese aussehen soll. Es bleibt also immer wieder de Gaulle, der den Alleingang bevorzugt und dessen Minister mit großer Offenheit den Journalisten aus aller Welt zu verstehen geben, daß sich an diesem Standpunkt nichts ändern werde.

Keine französische Alternative

Das Beklemmende bei dieser Haltung der französischen Regierung ist, daß alle zuständigen Stellen der Frage nach einer möglichen Alternative ausweichen. Sie zeigen weder für amerikanische Versuche zur Fortführung des Gesprächs über eine gemeinsame atomare Verteidigung Interesse, noch wollen sie sich zu den neuen britischen Vermittlungsvorschlägen äußern. Es ist, als ob de Gaulle einen Vorhang zugezogen hätte und als ob Frankreich sich anschickte, in j e d e r Beziehung eigene Wege zu gehen.

Dieser Eindruck verstärkt sich von Stunde zu Stunde. Man muß damit rechnen, daß die französischen Minister bei der offiziellen NATO-Tagung die Rolle mehr oder weniger interessierter Zuschauer spielen werden. Es läßt sich bei einer solchen Haltung kaum vermeiden, daß sich die übrigen NATO-Partner fragen, was de Gaulle damit bezweckt. Die Antwort, die keineswegs mehr hinter der vorgehaltenen Hand gegeben wird, lautet: De Gaulle ist mit seinen Bemühungen um gute politische und wirtschaftliche Kontakte zu den Staaten des Ostblocks schon viel weiter als angenommen oder offiziell zugegeben wird. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, daß die kommunistische Presse Frank-

reichs beinahe sachlich über die NATO-Konferenz berichtet und lediglich stärker als die übrige Presse mit kaum verhohlener Schadenfreude voraussagt, die diesjährige Ministerratstagung der NATO werde ohne praktische Ergebnisse bleiben.

#### Und die Bundesrepublik?

Was bleibt der Bundesrepublik unter diesen Umständen zu tun übrig? Außenminister Schröder gab sich noch am Montag nachmittag optimistisch. Er glaubte, es könnte ihm gelingen, seine amerikanischen, britischen und französischen Kollegen zu einer Erklärung veranlassen zu können, man werde jetzt mit vereinten Kräften eine neue Deutschlandinitiative ergreifen. Bei der deutschen Delegation wurde bekannt, man habe sogar schon ein entsprechendes "Papier" vorbereitet, das bei einem "Arbeitsessen" den letzten Schliff erhalten solle. Die Idee ist, die USA, Großbritannien und Frankreich sollen gemeinsam die Sowjetunion auffordern, eine ständige Vier-Mächte-Konferenz einzuberufen, die sich permanent mit der Lösung des Deutschlandproblems befaßt. Daraus wurde zunächst nichts. Das "Arbeitsessen" dauerte fast drei Stunden und als sich Schröder von seinen Kollegen trennte, hatte er weder das gewünschte "Papier" in der Tasche, noch konnte er konkret sagen, wie es nun weitergehen soll.

Von französischer Seite hörte man in der Nacht vom Montag zum Dienstag, die Amerikaner und die Engländer hätten das deutsche Projekt als "zur Zeit nicht realisierbar" verworfen. Die Amerikaner erklärten, die Franzosen hätten sich "gesperrt", mit der Begründung, man müsse erst einmal abwarten, was in Brüssel werde und ob es möglich sei, wenigstens eine gemeinsame europäische Front zu bilden. Die Briten deuteten an, man sei übereingekommen, das Projekt weiter verfolgen zu wollen. Bei der deutschen Delegation wurde unverhohlen von einer "momentanen Enttäuschung" gesprochen.

Wie dem auch sei, Schröders erster Anlauf, in der Deutschlandfrage voranzukommen, ist zunächst im Ansatz stecken geblieben. Ob Schröder einen neuen Versuch unternimmt oder ob er sich einer von den Alliierten in Aussicht gestellten, allgemein gehaltenen Garantieerklärung für die Bundesrepublik und Westberlin begnügt, ist noch ungewiß.

Trotz aller Bereitschaft auf alliierter Seite, in der Deutschlandfrage "etwas zu tun", klingt in Gesprächen mit französischen, amerikanischen und britischen Delegationsmitgliedern immer wieder die Frage nach dem "deutschen Beitrag" durch. Hier wäre in Bonn - so sagt man - noch ein weites Feld zu beackern. Außerdem glaubt man, daß Schröders Initiative mehr einem innerpolitischen deutschen Bedürfnis entspricht als der realen Hoffnung, in Moskau könnte man bereit sein, die Zustimmung zu einer Wiederbelebung der Vier-Mächte-Verantwortung für Deutschland durch Einberufung einer permanent tagenden Vier-Mächte-Konferenz zu geben. Günstigstenfalls, so wird betont, würde man in Moskau sagen, die Deutschen könnten ja "unter sich" und mit Zustimmung der vier Siegermächte "ihre Angelegenheit" regeln. In diesem Falle wäre man wieder bei der Frage, ob Bonn mit Pankow sprechen wolle, und da dies nicht der Fall sei, habe es wenig Sinn, in Moskau anzuklopfen, um hier die Zustimmung zur Aufwertung der Vier-Mächte-Verantwortung zu erwarten.

## Die Furcht im Nacken

### Wahlkampf-Sorgen der Unionsparteien

sp - Den Unionsparteien sitzt die Furcht im Nacken. Sie stehen nach eigenem Eingeständnis vor dem schwersten Wahlkampf in ihrer Geschichte, so der geschäftsführende Vorsitzende Dufhues vor den Verleger und Redakteuren der Unionspresse. Die derzeit noch allerdings nur im Bundestag - stärkste Regierungspartei will den Wahlkampf offensiv führen und dabei saubere Generalstabsarbeit leisten. Sie will vorkäuschen, was es nicht mehr gibt, das Phantom einer inneren Einheit. Öffentliche Diskussionen zwischen Vertretern der Unionsparteien über die Außenpolitik soll es nicht mehr geben, wahrhaft ein guter Vorsatz - aber wird er auch eingehalten werden können? Der Zwist in den vergangenen Monaten berechtigt die Zweifel.

An Wahlkampfmunition haben die Unionsparteien freilich wenig anubieten. Die Berufung auf vergangene Leistung wird angesichts des Wirrwarrs, das die Regierung Erhard bot und bietet, etwas schal; vergilbte Lorbeerblätter lassen sich eben nicht mehr verschönern. Das Rezept Erhards, entnommen aus der Mottenkiste seines Vorgängers, Gefühle der Angst und der Furcht bei den Wählern zu mobilisieren, dürfte sich sehr wohl als ein Bumerang erweisen. "Wenn die SPD im nächsten Jahr ans Ruder käme, würde das bedeuten, daß ganz Europa innerhalb kurzer Zeit dem Sozialismus überantwortet würde." Welche Wunderwirkung traut Erhard der Opposition zu, glaubt er etwa, der französische Staatschef de Gaulle würde nach einem sozialdemokratischen Wahlsieg zurücktreten? Er meint natürlich etwas anderes, er dachte wohl an jenen berühmt-berüchtigten Satz seines Vorgängers, ein Wahlsieg der SPD würde den Untergang Deutschlands bedeuten - ein Satz, der die CDU/CSU nicht vor dem Verlust der absoluten Mehrheit bewahrte. Er beinhaltet die politische Maxime eines Gestrigen, dem die Zukunft nicht mehr gehört.

Noch schärfer und eindeutiger hat sich Herr Dufhues geäußert. Er will die SPD an der "inneren Verwandtschaft" zur Regierung Wilsons messen, und daran seine "saubere" Generalstabsarbeit orientieren. Hier ist eine Warnung angebracht: das Aufwühlen anti-englischer Ressentiments ist unserem Volk noch niemals gut bekommen, es mußte in der Vergangenheit teuer dafür bezahlen. Herr Dufhues sollte es eigentlich wissen: Die deutsche Sozialdemokratie ist keine Filiale der britischen Labour-Party; die Labour-Party geht ihren eigenen Weg und keine deutsche Partei hat das Recht, sie als Knüttel innerpolitischer Auseinandersetzungen zu mißbrauchen. Das kann ins eigene Auge gehen.

Aus der "Kampfansage" der Unionsparteien an ihre große Konkurrentin spricht die Ohnmacht und die Furcht. Unfähig, der deutschen Politik neue Impulse zu geben, verbraucht bis ins Mark, von innerer Unsicherheit geschüttelt, nehmen die Unionsparteien die Zuflucht ins Negative.

+ + +

15. Dezember 1964

### Verdiente Ehrung

Ernst Paul, MdB, und die Heimatvertriebenen

W.J. - Im Rahmen einer Feierstunde erhielten drei deutsche Politiker die Ehrenplakette des Bundes der Vertriebenen. Neben dem greisen Bundeskanzler a.D. Adenauer und dem ehemaligen Reichsminister von Keudell wurde der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Ernst Paul ausgezeichnet. Es gibt bisher nur wenige Persönlichkeiten, denen diese höchste Auszeichnung des Vertriebenenverbandes zuteil wurde. Zu ihnen gehören Reichstagspräsident a.D. Paul Löbe und der verstorbene erste Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Jakob Kaiser. Zum ersten Mal oblag es dem jetzigen BdV-Präsidenten Wenzel Jaksch, eine solche Ehrung vorzunehmen. Ernst Paul erhielt die Plakette, die ihm vom Bund der Vertriebenen schon vor Jahresfrist zuerkannt wurde, nun aus der Hand seines alten Freundes Jaksch. Es ist für ihn eine von vielen Auszeichnungen, und doch eine besondere.

Ernst Paul hat sich unbestritten um die Heimatvertriebenen verdient gemacht. Als Abgeordneter des Deutschen Bundestags, als langjähriger Flüchtlingsausschuß-Vorsitzender des Europarats, als Mitglied des Sudetendeutschen Rates und vor allem als Mitgründer und Präsidialmitglied der sudetendeutschen sozialdemokratischen Gesinnungsgemeinschaft "Seliger-Gemeinde" war er immer ein leidenschaftlicher Anwalt der Vertriebenen und Flüchtlinge. Dafür zeugen auch viele seiner journalistischen Arbeiten. Sein tatkräftiges Eintreten für die Belange seiner heimatvertriebenen Landsleute und Schicksalsgefährten begann jedoch nicht erst im Jahre 1949 mit seiner Wahl in den Bundestag. Schon während des Krieges, noch ehe die Bevölkerung Ostdeutschlands und des Sudetengebietes wußte, welches schreckliche Schicksal ihr bevorstand, kämpfte Ernst Paul als Mitglied des emigrierten Parteivorstandes der sudetendeutschen Sozialdemokraten wie als Vorsitzender der sogenannten "Kleinen Internationale" an der Seite Willy Brandts in seinem schwedischen Exil gegen die Vertreibungspläne. In enger Verbindung mit Wenzel Jaksch, Richard Reitzner und anderen Freunden in London versuchte er von Skandinavien aus diese teuflischen Pläne zu durchkreuzen. Als schließlich klar wurde, daß das nahende Unglück auf dem politischen Wege nicht mehr aufgehalten werden konnte, war er einer der Initiatoren eines letzten, verzweifelten wie mutigen Versuchs, der Vertreibung seiner sudetendeutschen Landsleute entgegenzuwirken.

Es wurde versucht, die Heimat gegen die geplanten Vertreibungsmaßnahmen zu mobilisieren. Mehrere jüngere, von den gleichen Idealen beseelte Freunde wurden zu diesem Zweck von England und Skandinavien aus illegal in das Sudetenland geschickt. Ihre Mission endete leider in den Gestapokellern und Kerkern des Hitler-Regimes. Nur drei von ihnen überlebten.

Als in der letzten Kriegsphase die Leidensgeschichte der deutschen Heimatvertriebenen ihren Anfang nahm, gab es für Ernst Paul nur einen Gedanken: Wie kann ich meinen unglücklichen Landsleuten beistehen? Da erwies sich abermals sein herzliches Verhältnis zu den Freunden und Staatsmännern in Schweden als der Schlüssel zum Problem. Unter Pauls Leitung arrangierten schwedische Politiker in der Tschechoslowakei und anschließend über Wien Hilfsaktionen, durch die einige Tausend Sudetendeutsche, überwiegend alte Parteifreunde, nach Schweden gebracht wurden und dort eine neue Heimat fanden.

Der am 27. April 1897 im nordböhmischen Steinsdorf bei Bodenbach geborene Ernst Paul steht seit frühester Jugend in der freien Arbeiterbewegung. Schon vor dem ersten Weltkrieg, den er als österreichischer Soldat im dreißig Monate langen Fronteinsatz miterlebte, war er aktiver Jungsozialist. Ab 1921 widmete er sich den Vorbereitungsarbeiten zur Gründung der Sozialistischen Jugendinternationale, deren Büro er dann neun Jahre lang angehörte. Im Jahre 1924 trat er in die Redaktion des "Sozialdemokrat" ein und seit 1930 war er Vorstandsmitglied der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakei. Als solches hatte er verschiedene wichtige Ämter inne. Nach dem Anschluß des Sudetengebietes an das Deutsche Reich und der fünf Monate späteren Besetzung der Rest-Tschechoslowakei konnte sich Ernst Paul wie viele seiner Parteifreunde nur durch die Emigration der drohenden Verhaftung entziehen. In Schweden fand er mit seiner Ehefrau Asyl und einen neuen Wirkungskreis. Nach 1945 verlor er dann seine sudetendeutsche Heimat, der er sich noch heute liebevoll verbunden fühlt.

Der Bund der Vertriebenen dankte dem Abgeordneten Paul durch Überreichung der Ehrenplakette. Sein Leben und Wirken beweisen einmal mehr, daß die ärmsten Söhne meist die treuesten Söhne ihrer Heimat sind.

### Afrikanische Flüchtlinge

Das UN-Hochkommissariat für Flüchtlingswesen vor neuen Aufgaben  
Von Pierre Simonitsch, Genf

Seit seiner Gründung im Jahre 1951 beschäftigte sich das UN-Hochkommissariat für Flüchtlingswesen hauptsächlich mit der Einordnung der europäischen Flüchtlinge in einer neuen Heimat. Das letzte Flüchtlingslager in Europa wird voraussichtlich vor Ablauf eines Jahres aufgelassen werden; die ungefähr zehntausend Personen, die noch jährlich durch den "Eisernen Vorhang" in den Westen herüberwechseln, lassen sich ohne größere Schwierigkeiten assimilieren. Für die europäischen Flüchtlinge sieht das Budget des Hochkommissariats 1965 nur mehr 546.000 Dollar vor. Dieser Betrag wird etwa tausend nach Südamerika emigrierten Familien, die dort in Not geraten sind, und Einzelfällen (Kranke, Asoziale, alte Leute), deren Pflege zum Teil einer soziologisch-psychologischen Mannschaft unter der Leitung des Australiers Dr. Jensen anvertraut wurde, zu Hilfe kommen.

Vor völlig neue Aufgaben wird das Hochkommissariat jedoch seit einiger Zeit durch die unsichere Lage in mehreren Ländern der "Dritten Welt", vor allem in Afrika, gestellt. In Ruanda führte die Erringung der Unabhängigkeit zu einem blutigen Stammeskrieg zwischen den Bahutus und den Watussis. An die 150.000 Watussis, die ehemalige soziale "Oberschicht", flüchteten nach Burundi, Tanganjika, Uganda und in die nördliche Kongoprovinz Kiwu. Religiöse Intoleranz zwang etwa 12.000, meist christliche Sudanesen, den Weg über die Grenze nach Uganda einzuschlagen. Der Senegal mußte kürzlich 30.000 Flüchtlinge aus Portugiesisch-Guinea aufnehmen, die in die Auseinandersetzungen zwischen der dortigen Befreiungsfront und den portugiesischen Truppen geraten waren und dabei ihre ganze Habe verloren. Die politische Instabilität kann jeden Moment neue Flüchtlingsströme in den verschiedenen Teilen Afrikas auslösen.

Jeder einzelne Flüchtling bedeutet für die unterentwickelten Gastländer eine zusätzliche Belastung und führt darüberhinaus zu sozialen Spannungen: Ein direkter finanzieller Beistand an die Flüchtlingsfamilien, so bescheiden er auch sei, schafft das Risiko, daß die einheimische Bevölkerung die Neuangekommen als eine privilegierte Gruppe ansieht. Das Hochkommissariat bemüht sich daher vornehmlich, den Flüchtlingen neue, bisher unbewohnte Gegenden zu erschliessen, was aber eine vorhergehende Urbarmachung bedingt. So fällt der Organisation nicht nur die klassische Aufgabe der Assimilierung zu, sondern auch die Bewältigung spezifischer Entwicklungsprobleme.

Dieses Programm übersteigt natürlich ihre technischen und finanziellen Möglichkeiten. Hochkommissar Felix Schnyder und sein Stab haben sich daher an die Internationale Arbeitsorganisation und an die Welternährungsorganisation gewandt, welche sich um Aufstellung eines Entwicklungsplans für die betreffenden Gebiete kümmern wollen. Die neue Arbeitsteilung stellt die bisher gehandhabte Kompetenzordnung in Frage. Obwohl das Hochkommissariat für Flüchtlingswesen auch schon früher mit den anderen spezialisierten UN-Organisationen und mit privaten Körperschaften zusammengearbeitet hat, trug es jedoch stets allein die Verantwortung über die Aktionen und finanzierte diese größtenteils aus eigenen Mitteln. Das Koordinierungskomitee der Vereinten Nationen sowie das kürzlich in Rom zusammengetretene Exekutivkomitee befaßten sich bereits mit diesen administrativen Fragen, ohne eine verbindliche Regelung zu beschließen. Wahrscheinlich wird man es vorläufig dabei belassen, für jeden auftretenden Fall eine eigene "Ad-hoc"-Lösung auszuklügeln. Das Hauptproblem liegt natürlich in der Finanzierung der Hilfsaktionen. Für 1965 hat das Hochkommissariat etwa 800.000 Dollar in Reserve. Dieser Betrag kann zur Bestreitung von kurzfristigen und dringenden Ausgaben ausreichen - für ein großangelegtes Entwicklungs- und Urbarmachungsprogramm im Herzen Afrikas ist er zu gering. Auch an die Bevölkerung der Industriestaaten gerichtete Initiativen wie der alljährliche Verkauf von Gemälden und hochwertigen Schallplatten (heuer das "International Piano Festival") sind keine Wanderrmittel.

Es darf nicht unerwähnt bleiben, daß fast alle afrikanischen Regierungen die Bemühungen des Hochkommissariats in vorbildlicher Weise unterstützen. In allen Ländern werden Flüchtlinge aus den Nachbarstaaten ohne Zögern aufgenommen, was mit großen wirtschaftlichen Opfern verbunden ist. Die "Organisation der afrikanischen Einheit" hat das Büro des Hochkommissars in Genf über ihre Absicht informiert, ein afrikanisches Flüchtlingsstatut auszuarbeiten, das der Generalversammlung der Vereinten Nationen zur Prüfung unterbreitet werden soll. Der stellvertretende Exekutivsekretär der OAE, Mohammed Sahrour, hat Mitte November mit Hochkommissar Schnyder Kontakt aufgenommen, und eine ständige Verbindung zwischen den beiden Sekretariaten in Addis Abeba und Genf ist nunmehr gewährleistet.

+ + +